

Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ des Deutschen Voller Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdernstraße 10 b^m
Scripreiber: Amt Marienplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Friedrich Eberts letzte Fahrt.

Ueber die Ueberführung Friedrich Eberts nach seiner Heimatstadt Heidelberg bringt die Presse wahrhaft erschütternde Berichte. Auf den kleinsten Stationen, oft auch im Freien auf den Bahndämmen hatte sich das Volk versammelt, um dem Toten den letzten Gruß zu bringen. Stundenlange Wege hatten sie zurückgelegt, um an Ort und Stelle zu gelangen. Man darf wohl sagen, daß die Triebfeder nicht müßige Neugier gewesen ist, sondern die Erkenntnis, was das deutsche Volk mit Fritz Ebert in diesen Tagen verloren hat. Die Menschen wissen das, was sie befehlen haben, ja immer erst zu schätzen, nachdem sie es verloren haben.

Die anständige Presse ist sich denn auch im allgemeinen darüber vollkommen einig, daß Ebert sich selbstlos in den Dienst des gesamten deutschen Volkes gestellt hatte. Am so viel niederträchtiger ist es, daß man diesen Mann in den letzten Monaten durch eine systematisch organisierte Hege, durch Verleumdungen und Lügen richtig in den Tod hinein geholt hat.

Auch die radikale Linkspresse weiß offenbar nicht, was sie getan hat, indem sie selbst dem Toten die unsäglichsten Beschimpfungen nachbrachte. Diese Leute haben sich offenbar selbst am meisten beschämt, sie trifft die Verachtung aller Unabhängigen.

In Friedrich Eberts Ehre hat sich das deutsche Volk untreulich in seiner großen Mehrheit zur republikanischen Staatsverfassung bekannt. Das Berliner Tageblatt schreibt sehr richtig, daß es nimmermehr darum geht, sich dafür einzusetzen und dafür zu sorgen, daß unsere Republik nicht die Republik privilegierter plutokratischer Schichten wird, sondern eine Republik des ganzen Volkes.

Es kommt nimmermehr darauf an, daß alle, die in diesen Tagen dem ersten Präsidenten der deutschen Republik die letzte Ehre erwiesen haben, daran denken, daß es nimmermehr gilt, die republikanische Staatsform nicht nur zu erhalten, sondern so auszugestalten, daß sich jeder in diesem Staatswesen auch wohlfühlen kann.

Die Geschichte lehrt zur Genüge, daß die wirtschaftlich Starke zu allen Zeiten eine staatsunwerte Anpassungslosigkeit befunden haben. So rücksichtslos sie auch am Alten festhielten und es verteidigten, als sie merkten, daß sich das Neue durchzusetzen begann, so zögerten sie nicht länger, sondern suchten sich dies dienstbar zu machen und es zu beherrschen.

In den nächsten Wochen schon wird sich zeigen, ob sich das deutsche Volk von den Führern der bürgerlichen Parteien aufs neue täuschen läßt.

Noch immer ist in Preußen keine sichere Regierung vorhanden, die Krise besteht weiter. Nun kommt der Verlust des Reichspräsidenten hinzu, in einer Zeit gespanntester politischer Atmosphären. Es ist damit zu rechnen, daß die reaktionär gerichteten Parteien sich jetzt noch viel mehr bemühen, aus dieser Situation Vorteile zu erzielen, als es schon in den letzten Wochen beobachtet wurde. Diese Leute gehen krepplos vor, wenn es gilt, die Macht an sich zu reißen. Wir müssen uns zur Abwehr bereit halten auf jeden Fall.

Was ist Neutralität?

Im Offenbacher Mitteilungsblatt Nr. 2 wird in einem Artikel „Vertrauen gegen Vertrauen“ unter anderem geschrieben: „Die Generalversammlung hat durch ihre Bestimmungen bestimmt, daß die Mitgliedschaft gewillt ist, den Weg der parteipolitischen Neutralität weiterzugeben, unter schärfster Betonung einer klassenpolitisch rücksichtslosen Einstellung.“

Als wir diesen Satz lasen, fragten wir uns zunächst, wie denn das denn der Schreiber dieses Satzes eigentlich den Zusammenhang? Parteipolitische Neutralität, aber dabei schärfste Betonung einer klassenpolitisch rücksichtslosen Einstellung. Wenn man sich klassenpolitisch rücksichtslos aufs schärfste einstellt und

betätigt, denn auf das letztere kommt doch schließlich an, wie fern man es dann fertig bringen, dennoch politisch und noch dazu parteipolitisch neutral zu sein und zu bleiben? — Eigentlich ist es eine Verhöhnung der Intelligenz und des Denkbemügens der Leser, daß man daran zweifelt, diese Sätze könnten etwa nicht richtig verstanden werden. Dennoch gibt es noch viele Menschen, die beim Lesen sehr stüchtig verfahren, deshalb werfen wir die Frage auf: Was ist Neutralität? Neutral bleiben heißt doch im landläufigen Sinne, sich nicht in den allgemeinen Kampf hineinmengen, sondern untätig beiseite treten, wenn sich die anderen streiten. Wer nun rücksichtslos klassenpolitisch kämpfen will, kann der parteipolitisch neutral sein? Die Frage kann sich doch jeder selbst selbst beantworten.

Wer die heutige bürgerliche Gesellschaftsordnung beseitigen will, wer die Organisation zu einer Kampfsorganisation, zu einer lebendigen, an allen politischen und wirtschaftlichen Fragen interessierten Kampfsorganisation ausgefallen will, kann der parteipolitisch neutral bleiben? Wie kann man denn anders Siege erringen, als durch Stellungnahme zu dem wirtschaftlichen und politischen Fragenkongplex, der ständig aufgeworfen wird?

Die Gewerkschaften können parteipolitisch unmöglich gänzlich neutral bleiben, wenn sie ihre vitalsten Interessen nicht schmählich vernachlässigen wollen.

Wir sind bei den letzten Reichstagswahlen dafür eingetreten, das möglichst viel Sozialdemokraten gewählt werden sollten. Wir haben das getan aus der Erfahrung heraus, daß die Sozialdemokratische Partei die Arbeiterinteressen im Reichstage, überhaupt in allen Parlamenten am wirksamsten wahrgenommen und vertreten hat. Wir haben erst jetzt wieder in der Partei- und Gewerkschaftspresse eine Auseinandersetzung darüber erlebt, ob die Gewerkschaften nicht daran denken sollen, sich eine eigene Interessenvertretung in den Parlamenten zu schaffen. Die Textilarbeiter beschwerten sich, daß die sozialdemokratische Fraktion die Interessen der Textilarbeiterhaft nicht mit dem nötigen Nachdruck wahrgenommen habe. Wir führten daran anschließend die Zahl der Gewerkschaftsführer an, die jetzt schon als Reichstagsabgeordnete in Betracht kommen. Diese Zahl wird mit der weiter wachsenden Bedeutung der Gewerkschaften zweifellos noch größer werden, so daß sich sozialdemokratisch am Grund dieser Entwicklung die entsprechende Vertretung der speziellen Gewerkschaftsinteressen ganz von selbst ergibt.

Neben der Sozialdemokratischen Partei gibt es freilich noch andere Parteien, die vorreden, Gewerkschaftsinteressen zu vertreten. Wir können in diesem Zusammenhang nicht des näheren darauf eingehen, möchten aber doch daran erinnern, daß a. B. die Kommunistische Partei die Gewerkschaften nicht unter dem Gesichtswinkel parteipolitischer Neutralität bewertet. Die Kommunistische Partei will die Gewerkschaften ohne jede Einschränkung ihren parteipolitischen Interessen dienstbar machen und unterstellen. Es genügt an diese Tatsache zu erinnern, die jedem bekannt ist, der die Politik der politischen Parteien einigermaßen verfolgt.

In dem oben angeführten Artikel im Offenbacher Mitteilungsblatt heißt es in einem anderen Absatz: „Auf diesem Wege (dem der rücksichtslosen klassenpolitischen Einstellung, D. R.) hat sich unser Verband aufwärts entwickelt, ideologisch und materiell. Auf diesem Wege ist die Organisation dem Punkte nähergerückt, die Kampfsorganisation zu sein, eine lebendige, an allen politischen und wirtschaftlichen Fragen interessierte Masse. Die Weiterentwicklung dieses Weges wird den Verband zum Werkzeug des Klassenkampfes schmieden, das schlagbar und scheidend eindringt in den korrupten Körper unserer Gesellschaftsordnung, diesen ändernd im Sinne unseres sozialistischen Weltens.“

Wir sind der bescheidenen Auffassung, daß man dies hier ausgedrückte Ziele nicht erreichen kann mit parteipolitischer Neutralität. Es ist demnach ein Non-sens, wenn den Mitgliedern einzureden versucht

wird, man besinne sich auf dem Wege parteipolitischer Neutralität.

Sehen wir doch den Tatsachen ganz ruhig und objektiv ins Auge. Gewiß ist die Arbeiterbewegung heute gespalten und gerissen, worunter wir Gewerkschaftler besonders zu leiden haben. Niemand empfindet diesen Nebelstand schmerzlicher als der Redakteur einer Gewerkschaftszeitung. Seine Pflicht und Aufgabe ist es, die Mitgliedschaft zusammenzuhalten für den Klassenkampf und die Endziele, die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu heißen. Er kann dabei noch so tolerant und rücksichtsvoll gegenüber den parteipolitisch so verschiedenen eingestellten Mitgliedern und Berufsgenossen verfahren, auf jeden Fall muß er aber darauf sehen, daß die Organisation die klare Entwicklungslinie einhält.

Wir müssen uns deshalb klar machen, daß wir wohl den verschiedenen parteipolitischen Richtungen gegenüber tolerant sein können, niemals aber gänzlich neutral. Wo es unsere gewerkschaftlichen Interessen erforderlich machen, müssen wir ganz entschiedene Stellung nehmen. Und in diesem Sinne müssen wir unsere Mitglieder zu erziehen und zu schulen bestritten sein.

Zum Streit in der Bielefelder Metallindustrie.

Den Lohn- und Arbeitsbedingungen der genannten Industrie unterliegen circa 300 Sattler, die in der Fahrzeugindustrie überwiegend beschäftigt sind und durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen wurden. Verfolgt man die Lohn- und Arbeitszeitbewegung des westfälischen Jahres 1924, so ist die Ursache der Erbitterung, die den jetzigen Grotkampf auslöste, schon gegeben. Bei jeder Verhandlung, die notwendig war, um die Löhne nur halbwegs den veränderten Lebensbedingungen anzupassen, war man von Arbeitgeberseite bestritten, dies mit aller Energie zu verhindern und verwies darauf, daß die Industrie die Erhöhung nicht tragen könne. Wie bei früheren Gelegenheiten, so mußte auch diesmal daselbe Argument herhalten, weil nach dem Herrenstandpunkt der Arbeitgeber „die wirtschaftliche Lage der gesamten Bielefelder Metallindustrie, und zwar sowohl hinsichtlich des Inlandabfahes, wie auch ganz besonders hinsichtlich des Auslandsabfahes noch wesentlich ungünstiger geworden ist, als sie in den letzten Monaten des verfloffenen Jahres bereits schon geworden war.“

Als die Gewerkschaften trotzdem auf den Zusammentritt der im § 7 des Tarifes vorgesehenen Lohnkommission bestanden, verließ die formelle Verhandlung resultatlos. Nimmermehr wurde von den Gewerkschaften der amtliche Schlichtungsausschuss angerufen, der den Schiedspruch fällte, daß ob 1. Februar 1925 der Zeitlohn der Be-Arbeiter 56 Pf. und die Akkordlohn 54 Pf. betragen solle. Gefordert waren als Einstellungslohn 62 Pf. Der Schiedspruch wurde von beiden Seiten abgelehnt.

Die Gewerkschaften ersuchten nun den Schlichter für den Bezirk Westfalen um Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens.

Am 31. Januar d. J. kündigten die Gewerkschaften das Abkommen über Mehrarbeit zum 28. Februar d. J. Die Antwort des Arbeitgeberverbandes bestand in der sofortigen Kündigung des Tarifvertrages zum gleichen Datum. Inwieweit diese Abänderungsvoorbedingungen zum Tarifvertrage wurden vom Arbeitgeberverband jedoch nicht gefordert.

Als der Schlichter am 10. Februar die Parteien zu einer Aussprache über den Lohnstreit nach Dortmund geladen hatte, da erklärten die Vertreter der Unternehmer plötzlich, daß die Lohnfrage nur im Zusammenhang mit der Frage der Mehrarbeit und des Tarifvertrages behandelt werden könnte. Nur unter der Bedingung, daß die Arbeiter bereit wären, bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit das Abkommen über Mehrarbeit wieder in Kraft zu setzen, und die von den Unternehmern gewünschten

Änderungen zum Tarifvertrag berücksichtigt werden, seien sie auch, einen Einigungsversuch des Schlichters in der Lohnfrage ihren Auftraggebern zu unterbreiten.

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten ein Eingehen auf dieses Ansinnen ab mit der Begründung, daß die Arbeiter nicht geneigt seien, bis zur geschlichen Regelung das Abkommen über Mehrarbeit bestehen zu lassen, sondern vielmehr mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit aufnehmen würden.

Hinsichtlich des Tarifvertrages hätten auch die Arbeiter Wünsche auf Abänderung, und da die Unternehmer immer verlangen, die Anträge der Arbeiter ihren Auftraggebern vorher unterbreiten zu können, müßte auch von den Unternehmern verlangt werden, daß sie ihre Anträge den Gewerkschaften unterbreiten.

Der Schlichter machte zum Schluß der Verhandlungen den Parteien folgenden Einigungsvorschlag:

1. Die bisher bestehenden tariflichen Stunden- und Akkordlohnätze werden ab 1. Februar 1925 um 7 Proz. erhöht.

Diese Regelung kann mit 14tägiger Frist geändert werden, erstmals zum 30. April 1925.

2. Das zum 1. März 1925 gefällige Arbeitszeitabkommen wird bis zum 30. Juni 1925 verlängert.

3. Der Manteltarifvertrag wird bis zum 31. März 1925 verlängert. In dieser Frist haben die Parteien die beiderseits gewünschten Abänderungen zu beraten und Differenzen zur Lösung zu bringen.

Die zuständigen Ortsverwaltungen und die Vertrauensmänner haben sich mit dem Einigungsvorschlag wiederholt beschäftigt und sind unter voller Würdigung der sich daraus ergebenden Konsequenzen zu dem Entschluß gekommen, den Einigungsvorschlag abzulehnen.

Am 18. Februar 1925 erfolgte die Abstimmung, die mit 96 Proz. den Einigungsvorschlag ablehnte. Ein Teilstreik, der einsetzte, hatte die Aussperrung zur Folge. Bei der Disziplin und der Geschlossenheit, die namentlich auch unter den Bieckfelder Sattlern besteht, ist der Ausgang des Kampfes sicher von vornherein.

Neuabstufungen von Tarifverträgen.

Tapezierergewerbe. Für Darmstadt wurde ein drittlicher Tarifvertrag, der die tariflichen Bestimmungen regelt, abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden wöchentlich. Als Überstunden gelten die ersten beiden Stunden nach Beendigung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit. Die Akkordarbeit ist zulässig und tariflich geregelt; desgleichen die Zuschläge bei Montagearbeiten. Ferien nach halbjähriger Beschäftigung 3 Tage, steigend je um einen Tag alljährlich bis 7 Tage nach fünfjähriger Beschäftigung. Das Arbeitsverhältnis kann nach einer Woche Kündigung beiderseits gelöst werden. Der Vertrag läuft bis 1. März 1926. Die Löhne werden durch ein besonderes Abkommen geregelt.

Für das Holzgewerbe in Würtemberg und Hohenzollern wurde ein Manteltarifvertrag, der auch für die Tapezierer in den Möbelfabriken Geltung hat, abgeschlossen und läuft bis zum 15. Februar 1926. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48, täglich 8 Stunden. Akkordarbeit ist zulässig, jedoch muß der Stücklohn so bemessen sein, daß 15 Proz. mehr verdient werden können. Ferien werden nach halbjähriger Beschäftigungszeit 3, steigend je Jahr um einen Tag bis 7 Tage nach 5 Jahren Beschäftigung gewährt. Die Lohnzahlung, Montagszuschläge, Betriebsvertretung, Behandlung und Schlichtung von Streitigkeiten sind durch besondere Paragraphen geregelt.

Hamburg. Der bisherige Tarifvertrag für das Tapezierergewerbe, der von den Arbeitgeberern geändert war, wurde durch Verhandlung vor dem Hamburger Schlichter Dr. Stenzel zwischen den Parteien wieder vereinbart und gilt bis 28. Februar 1926. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden täglich bzw. 48 Stunden wöchentlich. Für Überstunden werden ab der 49. Stunde 33 1/2 Proz. Zuschlag bezahlt und dürfen diese nur in dringenden Fällen geleistet werden. Ferien werden 4-7 Tage, steigend pro Jahr um einen Tag, gewährt. Für Arbeiten außerhalb des Stadtbezirks werden täglich 75 Pf., wenn Überstunden sich nötig machen, bei Kost und Logis pro Stunde 20 Pf. Zuschlag bezahlt. Bei Akkordarbeit müssen die Preise so bemessen sein, daß 15 Proz. Mehrerdienst erzielt werden kann.

Dortmund. Nach längerem erfolgreichem Ausstand wurde neben der Lohnherhöhung auch der Manteltarif für die Tapezierer neu vereinbart. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 47 Stunden. Überstunden werden mit 20 Proz. Zuschlag bezahlt und dürfen nur in dringenden Fällen geleistet werden. Akkordarbeit ist nur mit Genehmigung der Verbandsleitung zulässig. Ferien: nach einem halben Jahr

werden 8 Tage freigegeben bis 10 Tage gewährt. Der Vertrag gilt ab 28. Februar 1925 bis auf weiteres.

Berlin. Für die Binnent- und Teppichleger wurde ab 1. Januar 1925 bis 31. Januar 1926 ein Vertrag vereinbart. Tägliche Arbeitszeit 8, wöchentliche 48 Stunden. In den Vorabenden vor hohen Festtagen werden nur 6 Stunden gearbeitet, aber 8 Stunden bezahlt. Überstunden ab der 49. Stunde erhalten 33 1/2 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit 60 Proz. Zuschlag. Bei Montage außerhalb der Vorortgrenze Groß-Berlin hat der Besteller für Kost und Logis zu sorgen, außerdem wird 1 Mf. täglich Zuschlag bezahlt. Akkordarbeit ist zulässig, dabei ist der Mindestlohn garantiert. Ferien werden nach einem halben Jahr 4, nach 1 Jahr 5, nach 3 Jahren 10, nach 4 Jahren 12 und nach 5 Jahren Beschäftigungsdauer 14 Tage gewährt. Arbeitsvermittlung nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis. Ein Anhang regelt die Akkordarbeit und sind die Preise spezialisiert für jede Arbeit aufgeführt.

Stand der Tariflöhne Ende Februar 1925.

Ledermwarenindustrie (Tariflohn des Facharbeiters über 23 Jahre).

Lohnbezirke: Berlin 80, Hamburg 80, Leipzig 72, Rheinland-Westfalen 70, Offenbach, Frankfurt a. M. 70, München 70, Württemberg 69, Baden 68, Hannover 66, Nürnberg 66, Magdeburg 64 Pf. pro Stunde.

Lederfabrikantenindustrie (Tariflohn der gelernten Sattler über 22 Jahre).

Lohnort oder Bezirk: Berlin 81, Hamburg 82, Frankfurt a. M. 80, Nürnberg-Gürth 74, Kötter, Dortmund 72 (ab 2. März außerdem 2 Pf. Sozialzulage), Chemnitz, Freital-Deuben, Dresden, Leipzig, Plauen, Posthappel, Zwickau 70, Offenbach a. M. 70, Groß-Stuttgart 70, Siedlich 66 (und bis 5 Pf. Leistungszulage), Asberg, Eisingen, Giengen, Göttingen, Pfälzingen, Neulingen, Schorndorf, Ulm 66 Pfennig pro Stunde.

Fuhrzeugindustrie (Tariflohn der ältesten Facharbeitergruppe).

Berlin 81, Hamburg 81-82, Köln a. Rh. 80, Stuttgart 80 (im Akkord 90), Siedelingen, Unterkirchheim im Akkord 90 Pf., Waagen, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau 78, München 75, Glauchau, Meerane, Reichenbach, Niesitz, Jittau 74, Döbeln, Rochlitz, Wurzen 70, Düsseldorf 70, Siedlich 65-78, Rastbachheim 65 (Akkord 80) Pfennig pro Stunde.

Handwerksfaktler (Lohn des Facharbeiters über 23 Jahre).

Frankfurt a. M. 80, Hamburg 76, Berlin 68 (ab 2. März 75), Groß-Stuttgart 72, Ebingen, Feuerbach, Friedrichshafen, Göttingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Neulingen, Ulm 69, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau 68, Annaberg, Waagen, Crimmitschau, Freiberg, Glauchau, Meerane, Reichenbach, Pirna, Wurzen, Jittau 65 Pfennig pro Stunde.

Cohnabkommen zum Tarif für die Sattlererei (Handwerksbetriebe) im Handwerkskammerbezirk Berlin. Der Stundenlohn beträgt ab 2. März 1925:

Table with 5 columns: Ortsklasse, Lohn nach 1. Jahre, Lohn nach 2. Jahre, Lohn nach 20. Jahre, Mehr 20 Jahre. Rows A, B, C, D.

Diese Löhne sind Mindestlöhne. Für die Arbeitnehmer: Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband Bruno Engel. Für die Arbeitgeber: Innungsgewerb. d. Sattler und Tapeziererinnungen Paul Scholz.

Tapezierergewerbe (Mindestlohn der ältesten Facharbeitergruppe. In Kammer Lohn der Näherinnen). Hamburg 91 (64), Spezialarbeiter 101, Dortmund 85-100, Düsseldorf 87 (72-75), Spezialarbeiter 93, Bonn, Köln a. Rh. 80 (59), Leipzig 88 (59), Ledermwarenbearbeiter 10 Proz. mehr, Berlin 85 (59), Duisburg 85 (53), Frankfurt a. M. 83 (54), Wiesbaden 83, Offen a. d. R. 81 (53), München 79 (55), Darmstadt 77, Chemnitz 75 (53), Coblenz 75, Hannover 75 (48), Mannheim 75 (53), Nürnberg-Gürth 75 (59), Bielefeld 73, Hagen 73, Magdeburg 73, Oberhausen 73, Siedlich 73 (42), Dresden 72.5 (46), Plauen 65-73, Reichenbach 72, Elmshorn 71, Reichen 71, Halle 71, Konstanz 71, Gorfurt 71, Stuttgart, Ulm 71 (52), Bremen 70 (50), Erfurt 70 (49), Frankfurt a. d. O. 70, Hamm 70, Schweinfurt 70, Wittrow 69-75, Weimar 69, Durlach, Freiberg, Heilbronn, Karlsruhe, Würzburg 68, Brandenburg 68, Gotha 66 (u. 10 Proz.), Reß, Hainall, Eisingen, Dessau, Eisingen, Rostock, Stargard, Straßburg 65, Helißfeld 64, Geringswalde, Hildesheim, Walsheim 63, Brestan 63, Eilenburg, Jena, Gera-R. 61 Pfennig pro Stunde.

Aus unseren Berufskreisen.

Gelegentlich der Berliner Lederwirtschaftsmesse hielten am 8. Februar die Inhaber von Sattler- und Ledermarengeschäften eine Versammlung ab. Der Syndikus Weber sprach über die wirtschaftlichen Interessen dieser Kreise in bezug auf die allgemeinen geschäftlichen Bestimmungen. Der Redner vertrat den Standpunkt, daß wir auf Jahre hinaus auf eine gesicherte Wirtschaftslage nicht rechnen könnten. Insbesondere ruhien die Währungsverhältnisse noch lange nicht auf einer gelunden Basis. Er empfahl den Handwerkern sich mehr kaufmännisch einzustellen. Ein Geschäft, d. h. ein Ladengeschäft, sei die Ergänzung des Handwerks und zugleich das beste Reklamemittel zur Gewinnung von Kundschäft.

Das ist an sich gewiß richtig, wenn für solche Geschäfte ein Absatzmarkt gegeben ist. All indes keine lauffähige Bevölkerung vorhanden, dann nützt auch dem Handwerker das best eingerichtete Ladengeschäft nichts. Wenn man dann weiter darauf drückt, daß die künftigen Handwerksmeister sich Ladengeschäfte einrichten könnten, um sich und ihr Handwerk leistungsfähig zu gestalten, dann kommt man nur über Weisfremdbel, die aus solchen Rathschlägen herausleuchtet. In solchen Ladengeschäften ist doch heute schon kein Mangel vorhanden, wohl aber fehlt es den meisten dieser Ladengeschäfte an dem erforderlichen Nachdruck vertreten können und fordert deshalb den Zusammenschluß der Ladengeschäftsinhaber. Weiter wandte er sich gegen die Praxis der Preisprüfungsstellen, die nicht immer in der Lage wären, die Preise zu kontrollieren. Gute Handwerksarbeit ist auch des Geldes wert. Der Handwerks- und Kaufmannstand selbst müsse allen Auswüchsen entgegenzutreten, welche die öffentliche Meinung veräffelt haben. Es müsse das Vertrauen der Verbraucherkreise zurückgewonnen werden.

Das ist an sich richtig, nur ist zu bedenken, daß dieses Vertrauen schon immer etwas brüchig gewesen ist. Dann wachte sich der Redner gegen die Warenhausgewerbe. Wenn Standpunkte des Handwerks und Ladengeschäftsinhabers aus auch begründet, im Rahmen der gesamten volkswirtschaftlichen Interessen betrachtet, jedoch ebensowenig schlagfertig. Natürlich sind auch die gemeinnützigen Unternehmungen der Arbeiterkreise — die Gewerkschaften —, zumal wenn sie Eigenproduktion betreiben, ein Gefahr für den Handwerker und Mittelstand, ebenso die Beamtengewerkschaften — der Straßenhandel und Hausierhandel. Man kann daraus ersehen, daß Herr Syndikus Weber den Ladengeschäftsinhabern ganz nach ihrer Interessen die Dinge dargelegt hat, wofür natürlich auch entsprechender Beifall gezollt wurde.

Dann referierte der Syndikus der Vereinigung der Ledermwarenfabrikanten über die Gerichtsbarkeit im allgemeinen und die Errichtung eines Schiedsgerichts zwischen der Ledermwarenfabrikantenvereinigung und der Organisation des Sattlerhandwerks.

Die allgemeinen Gerichte arbeiten in zu langsamem Tempo, so daß sie nicht mehr imstande seien, den Anforderungen zu genügen. Es müßte ein Schiedsgericht geschaffen werden, welches gegenüber der allgemeinen Gerichtsbarkeit Vorteile biete. Erstens sei es vertrauenswürdig, weil als Weislicher Leute aus den eigenen Reihen fungieren. Vor allem liege keine Bedeutung aber in einem schnelleren und billigeren Prozedereverfahren. Herr Dr. Fürtz betonte die Einschaltung eines Schiedsgerichts zwischen Industrie und Handwerk, getragen von dem Willen und Vertrauen beider Gruppen, würden zweifellos dem beiderseitigen Interesse und somit der gesamten deutschen Wirtschaft dienen.

Das private Interesse kommt natürlich bei solchen Vereinigungen zuerst in Frage, ob sich das immer mit dem Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft deckt, ist eine Frage, die wohl hier ungeachtet werden muß. Gerade die jüngsten Entschlüssen über die verschiedenen Unternehmer- und Kapitalismaginationen — 700-Millionen-Gesichte —, Bank- und Eisenbahngesellschaften — Speziesüber-schiebungen — und dergleichen, haben uns sinnen-fällig gezeigt, wie die Unternehmer und ihre Sippe das Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft bei all ihrem Eifer und Eifer mit Füßen treten.

Es kam bei der Aussprache zum Ausdruck, daß die Vertreter der Organisationen mit der Gründung des Schiedsgerichts einverstanden sind. Die Zentrale soll in Berlin ihren Sitz haben, in den Landesstellen sollen evtl. Filialen errichtet werden. In der Sportartikelindustrie existiere bereits ein solches Schiedsgericht und habe sich gut bewährt.

Herr Dr. Feil sprach dann über die Organisation des Handwerks, in welcher noch große Lücken vorhanden seien. Das in Aussicht stehende Handwerker-gesetz sehe die Pflichtzugehörigkeit zur Organisation vor, wie sie vom Handwerk gefordert werde, wenn

diese Lücken nicht jetzt schon freiwillig ausgefüllt werden. Im übrigen wies Herr Scholz auf die vielfältigen Interessen hin, die der Organisation der selbständigen Meister zu vertreten obliegt. Ungenügend berührt dabei, daß in diesem Zusammenhang wenigstens von keiner Kampfanlage gegen die Gewerkschaft der Arbeiter die Rede gewesen zu sein scheint.

Wir müssen uns trotzdem immer wieder von neuem klarmachen, daß der geschlossenen, festgefühten Organisation der Unternehmer gegenüber die Gesellschafter ebenfalls daran denken muß, wie sie die vorhandenen Lücken in ihrer Organisation wieder ausfüllen kann.

Die Unternehmer wollen die Lücken füllen durch den gesetzlichen Zwang, der Berufsorganisation anzugehören. Das dürfte sich für die Arbeiterschaft kaum durchführen lassen, selbst wenn es sich erreichen ließe, ein entsprechendes Gesetz zu schaffen. Berufswandel, Arbeitslosigkeit, Krankheit und andere Ursachen würden es doch nicht ermöglichen, die Reihen stets geschlossen zu erhalten. Immerhin würde durch eine Organisationspflicht allen, die heute mitarbeiten, wo sie nicht gefeiert haben und jede Mitarbeit verweigern, zum Bewußtsein gebracht werden können, was ihre Berufspflicht ist.

Um dem unklarerer Geschäftsgebahren zu steuern, hat die Organisation für die Bezeichnung von Lederwaren eine Grundlage geschaffen, die folgendes festsetzen will:

1. Prima Vollrindleder ist die Haarseite einer Rindschale besserer Sortierung.
2. Vollrindleder ist die Haarseite einer Rindschale minderwertiger Sortierung und Lebersee-Rindleder.
3. Rindleder ist gespaltene Rindschale besserer Qualität mit Patentnarbenzurichtung.
4. Rindspaltleder ist gespaltene Rindschale minderwertiger Qualität und gewöhnliche Narbenzurichtung. Der Zusatz „echt und prima“ darf bei Pos. 3 und 4 nicht gebraucht werden.
5. Echt Saffian. Das Fell von Ziegen.
6. Bockhart ist das Fell von Mählingen und haarigen Schafen, in besonderer Werbung und Zurichtung.
7. Schaffleder ist das Leder von Wollschafen.
8. Schaffspaltleder (Narbenspalt) ist gespaltene Schaffleder mit Oberhaut.
9. Schaffspaltleder, Fiehlspalt, ist gespaltene Schaffleder mit Fiehlseite.
10. Das Wort „echt“ darf nur angewandt werden in Verbindung mit den Tiernamen, z. B. echt Krotzollleder, echt Schweinsleder, echt Seehundleder.
11. Das Wort Vollerleder muß ebenfalls in Verbindung mit den Tiernamen gebracht werden, z. B. Rindvollerleder, Schaffvollerleder.
12. Bei Narbenprägung muß der Tiername mit angegeben werden, z. B. Schaffleder mit Krotzollnarben, Rindleder mit Eisbärnarben, Schaffleder mit Seehundnarben.
13. Mit massiv dürfen nur Artikel bezeichnet werden, welche aus Vollerleder angefertigt sind

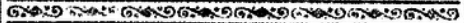
und nicht mit Pappe oder anderen Stoffen verfertigt sind.

14. Sämtliche Waren aus Kunstleder oder Lederersatz müssen mit einer dieser Bezeichnungen versehen sein.

Wir bringen dieses zur Kenntnis der Mitglieder, die sich dafür interessieren dürften.

Einem Bericht entnehmen wir, daß die Berliner Innung der Sattler und Tapezierer zurzeit (22. Januar) 720 Mitglieder hatte, die 112 Lehrlinge haben. In der Fachschule waren 70 Schüler verzeichnet.

In der Fachschule in Hildesheim sind 93 Schüler. Es soll dort auch bald eine Klasse für Fahrzeug- und Autofaktorei errichtet werden.

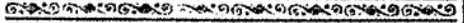


Mitarbeit am Verbandsorgan.

Jedes Mitglied ist hierzu berechtigt! Jeder Funktionär des Verbandes ist aber hierzu verpflichtet!

Das Verbandsorgan muß wieder das werden, was es vor Jahren gewesen ist. Eine scheidende Waffe im Emanzipationskampf unserer Berufsgenossen!

Werft die Interesslosigkeit in den Winkel. Raßt euch auf! Arbeitet mit am Aufbau!



Das Resultat der Berliner Messe der Schuh- und Lederwirtschaft im Lichte der Betrachtung durch die Unternehmer

Der Gesamteindruck der Messeveranstaltung wird als ein durchaus sehr guter bezeichnet. Ebenso wird das Ergebnis als ein außerordentliches Erfolg bezeichnet, sowohl nach außen im allgemeinen, wie auch speziell in geschäftlicher Beziehung. Das wirtschaftliche Ergebnis dieser Messe wird daher als allgemein zufriedenstellend befunden. Dieses günstige Resultat ist hauptsächlich mit darauf zurückzuführen, daß während der Messezeit eine Anzahl von Fachorganisationen in Berlin ihre Tagungen abhielten, so daß doppelter Anlaß gegeben war, Berlin zu besuchen.

Es wird besonders hervorgehoben, daß sich auf dieser Messe ein großer Aufschwung der Berliner Lederwarenindustrie bemerkbar gemacht habe. Noch vor kurzer Zeit hätten die Offenbacher Lederwaren an erster Stelle als Qualitätsarbeit den Platz eingenommen. Während die Berliner Ware bekannt war als logenante Stanz- oder Massenware, von billiger, minderwertiger Qualität. Hier sei eine sichtbare Wandlung eingetreten, die jeder unbefangene Beobachter auf der Messe wahrgenommen haben müsse. Berlin habe jetzt eine Anzahl wahrer Kunstwerkstätten; Offenbach habe einen mächtigen, kraftvoll vorwärtsstrebenden Rivalen erhalten. Man dürfe sich darüber freuen, denn nur durch gegenseitigen Ansporn könne man vorwärts und aufwärts kommen.

Es wird aber vollständig darauf verzichtet, diese Feststellung des näheren zu begründen und durch Nennung bestimmter Geschäfte zu belegen. Wir wollen hoffen, daß der Verfasser des Berichtes sein Urteil objektiv gewonnen hat und es nicht nur auf einige bekannte Firmen gründet, die dafür seit längerer Zeit bekannt sind, den Offenbacher gleichwertige Qualitätsware herzustellen, die auch künstlerisch hochwertig ist. Im großen ganzen sind jedoch die Berliner Firmen nach unserem Dafürhalten noch lange nicht in der Lage, mit den großen Offenbacher Geschäften der Lederwarenindustrie den Vergleich auszuhalten.

Berufsberatung.

Vom Berufsamt Harburg erhalten wir die nachstehende Zuschrift, deren Beachtung im Interesse der angeregten Sache recht wünschenswert ist.

Alljährlich verlassen Jungen und Mädchen zu Hunderttausenden die Schule. Ihre Eltern stehen dann vor der bangen Frage: Was soll der Junge, was soll das Mädchen werden? In unserem verwinkelten Berufs- und Wirtschaftslieben ist es den Eltern ohne fremde Hilfe in den meisten Fällen einfach unmöglich, für ihre Kinder den rechten Beruf, den rechten Arbeitsplatz zu finden. Die meisten Arbeitenden spielen sich heute hinter hohen Mauern ab. So kommt es, daß die Mehrzahl der zur Schulentlassung kommenden Kinder — und das trifft besonders für die Jungen zu — den von ihnen erwählten Beruf nur vom Hörensagen kennen. Kommen die Jungen dann in die Lehre, dann sind sie vielfach enttäuscht, sie versuchen, ihren Lehrplatz zu wechseln. Wie schwer ein solcher Wechsel fällt, wie oft ein verfehlter Beruf der Beginn einer verfehlten Lebensführung ist, wird nur jeder bestätigen, der einmal ernsthaft über diese Dinge oder auch seinen eigenen Lebensweg nachgedacht hat. Hier soll die Berufsberatung helfen. Schon in der Schule wird im sogenannten berufsunabhängigen Unterricht versucht, den Jungen und Mädchen einen Ueberblick über die Arbeit und deren Vielfältigkeit zu geben. Berufsstufe bilden eine wertvolle Ergänzung des Unterrichts. Sodann führt die Berufsberatungsstelle im letzten Schuljahr die zur Entlassung kommenden Knaben und Mädchen durch heimische Betriebe und Werkstätten. Dadurch erhalten die Kinder einen Einblick in die Arbeit; sie sind dadurch ganz anders als früher für die Berufswahl vorbereitet.

Mit der Aufklärung der Kinder ist es nun aber allein nicht getan. Auch den Eltern muß der nötige Ueberblick über Berufs- und Arbeitsfragen gegeben werden. Zu diesem Zwecke veranstaltet das Berufsamt Harburg alljährlich im Herbst Elternabende, wo Fachleute über die Anforderungen und Aussichten in den verschiedenen Berufen und Arbeitsarten sprechen. Lichtbilder unterstützen diese Vortragsabende, ebenso Berufsbefragungen in den Schulungen. Nachdem die Berufswahl in dieser Art vorbereitet ist, kommen dann die Eltern mit ihren Kindern zur Berufsberatungsstelle. Gemeinsam werden mit dem Be-

Sachwissen und Raumkunst.

(Nachdruck verboten.)

Die Vorläufer und Stammväter des Biedermeierstils. Fähte der in Deutschland so vollständig und bodenständig geworden Biedermeierstil, der unter den jetzigen Verhältnissen wenigstens in Süddeutschland neuerdings Aussehen haben dürfte, modifiziert wieder aufzuleben, nicht seine Wurzel in den der Nototozeit folgenden französischen turzfristigen Stilen, so wollten wir uns deren Betrachtung erparnen. Wir dürfen sie aber nicht vollends übergehen, weil sonst dem Leser das Gesamtbild der Stilentwicklung lückenhaft würde. Schon während der Nototozeit hat man die im 1. Jahrhundert n. Chr. untergegangenen Städte Herkulanum und Pompeji aufgedeckt und damit war neuerdings die Aufmerksamkeit der Kunstwelt auf die klassizistischen Formen gelenkt. So setzte mit Beginn des letzten Drittels des 18. Jahrhunderts zunächst in der Außenarchitektur eine neue klassizistische Richtung ein und damit entstand der Stil Ludwigs XVI. Die großios geschwungenen Eilien wichen weg, und senkrechten und die Fassadenelemente der Antike wurden in kräftiger Gliederung für die neue Bauperiode adoptiert, im besonderen das römische Kompositkapitäl, die Kolontenkonsolle, farnelierte Säulen und Pfeiler mit Stagen und Pfeifen, die barocke antike Wäse und Waffentrophäen römischen Vorbildes oder zeitgenössischer Darstellung (Fahnen- und Geschützprobieren, Kugelspramiden u. dgl.), die dann auch für die Innenausstattung von Residenzpaläzen beliebt wurden und in das Stoffkapitelmuster übergingen, hernach sogar gleich ganzen Kriegsgötzen auf farbig seidene — Schneuztücher gedruckt wurden. Bald vernücherte und versäufelte sich die Klassizität des Stiles Ludwigs XVI. zu dem gewöhnlichen Einfachheit und doch in so manchen sich anspruchsvoll und aufbringlich gebenden antikisierenden

den Jopstilk. Diese schon ziemlich stark vernücherte und fast kelle Neuform der griechischen Antike erhielt nun den politischen Zeiterscheinungen nach, die sich in Frankreich abspielten, verschleierliche Namen, während der Revolutionzeit und dem demokratischen Regiment nannte man den Jopstilk Neo greque (neugriechischer Stil), obwohl er mehr römischer und jäsarischer Geistes war. Hernach taufte man ihn Direktorstilk. Napoleon sond an diesem Stil schon als erster Konjul Geschmack und als er sich zum französischen Kaiser aufgeschwungen hatte, taufte man ihn zu Ehren den Stil „Empire“-Kaiserzeit-Stil. Der Empirestil ist zwar prunkend, aber steif und die edle Einfachheit des altgriechischen Stiles ging ihm mehr und mehr verloren. Den Nototo gegenüber aber hatte er doch den konstruktiven Formen wieder zu ihrem Rechte verholfen und die starke Betonung der Konstruktion zusammen mit der ziemlich wichtigen Nachahmung pompejanischer Motive ließ das Ornament in Dürftigkeit verfallen. Solche Motive, wie Bronzegerüste und Kandelaber, wurden in Gips und Stuck nachgebildet, Metallornate auch in Holz kopiert, Malereien in Gips verwandelt, denn der farbige Schmuck war in dieser Architektur, die nur mit Weiß und Gold und Plafitt vernehme Effekte anstrebte, fast verpönt.

Die zeitlichen Neuzerungen des Stiles sprechen sich zumal in der Innenarchitektur aus; auch macht sich ein scharfer Unterschied zwischen bürgerlicher und aristokratischer Raumausstattung geltend. Bei ersterer tritt der Altton, der durch einen Bogen und Vorhang abgetrennte senkrechte Anhangsraum schmaler und tiefer Zimmer vielfach auf. Der Alttonbogen erfährt üblicherweise im Stil Ludwigs XVI. eine verhältnismäßig reiche plastische Auszier nach der Zimmerfront. Die Decke ist ziemlich einfach in schlichter Plafitt verziert, Tür- und Fensterumrahmungen sind einfach profiliert, die nachfolgenden

sind meist verschleiert, nicht aber die Ramine. In aristokratischen Räumen stehen die Tonöfen meist in hohen Nischen und den Raum schmücken Felder mit Stuckmedaillons und in profilierten Rahmen auf-tretende gestülpte oder gewölbte Wandteppiche, die Türen sind mit Aufsätzen bekrönt und diese von reich, aber degenter Stuckornament umspielt, auch die Türen weisen auf den Füllungen nur beiseitenden auf-tretendes, nach behandeltes Holzschmuck auf. So hat die Dekoration des Raumes in allem eine ruhige vornehme Wirkung. Für Wand und Decke ist das Streublumennmuster der Porzellanfabriks entlehnt und adoptiert. Etwa ein Jahrzehnt vor der Republikanerzeit wird der Raumdecor wieder durchaus spenbiber und kräftiger; in der Republikanerzeit aber wurde die Ausstattung fast bis zur Kahlheit vernüchert. In der Epoche Napoleons als erstem Konjul schwand die Nüchternheit und das Neo greque nahm mit Säulen und Pilastern, Kassettenbeden und pompejanischen Wandmalereien, Karpatiden, Waffentrophäen, Lorbeerkränzen, französischenden Genien u. a. m. den Charakter eines überbigen auch viel Steifheit und Schablonenmäßigkeit verrätenden Imperatorstiles an, welchen Charakter der Stil auch in der Kaiserzeit und noch einige Zeit nach Napoleons Sturz behielt und Stuckaleuren, Holzschmuckern, Malern und Berggoldern viel Arbeit schuf. Das prunkende Holzmöbel weist reiche Einlegearbeit und prunkend vergoldete Beschläge auf. Mit Napoleons Siegestaufschah fand auch der Empirestil seine Aufnahme in fast ganz Europa. Der Nachfolger des Empire war der vom Spiechbürgertum und Sparjamteilszwang getragene Biedermeierstil, oft auch bürgerliches Empire genannt. In ihm verpörpert sich die Vernüchterung der ganzen klassizistischen Richtung und besonders im Bauwerk spricht sich eine Kahlheit und Monotonie noch weit stärker aus als im Mobiliar und der Raumausstattung.

